

Stalins Deutsch-Nationale Partei

von Kerry R. Bolton

Veröffentlicht: 23. Februar 2014

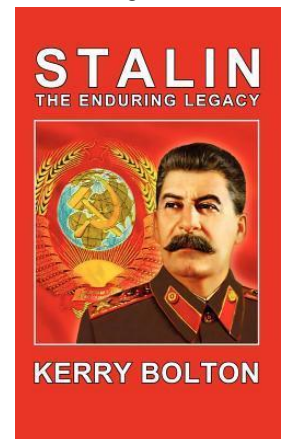
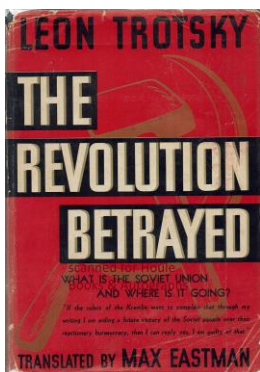
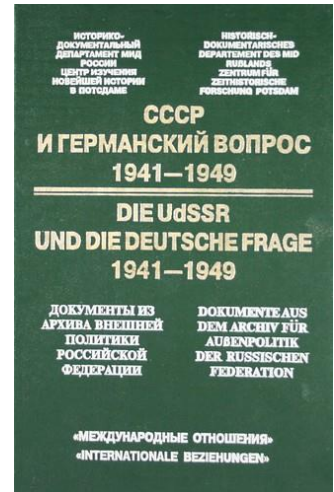
Bei einem Treffen zwischen Josef Stalin und den Führern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der sowjetischen Zone des besetzten Deutschlands am 31. Januar 1947 fragte Stalin, wie viel Prozent der Deutschen (in allen Besatzungszonen) "faschistische Elemente" seien und "welchen Einfluss sie in den Westzonen behalten". Otto Grotewohl antwortete, dass es schwierig sei, diese Frage zu beantworten, aber dass er Stalin Listen ehemaliger nationalsozialistischer Parteimitglieder "in Führungspositionen in den Westzonen" geben könne. Stalin hatte die Frage nicht mit dem Ziel gestellt, Deutschland von "Faschisten" zu säubern, sondern mit der Möglichkeit, ehemalige nationalsozialistische Parteimitglieder in einer anderen Partei neu zu formieren, die den Nationalismus und den Sozialismus im Rahmen eines sowjetischen Deutschlands fördern würde. Er interessierte sich auch für das mögliche Abstimmungsverhalten der "faschistischen Elemente", sollte es eine Abstimmung über die deutsche Einheit geben. Grotewohl war der Meinung,

dass sie "alle reaktionär" seien. Stalin war da anderer Meinung. Wäre es möglich, die "Faschisten" in der Sowjetzone unter einem anderen Namen zu organisieren? Er wies die SED-Führer darauf hin, dass sich ihre Politik der "Ausrottung der Faschisten" nicht von der der USA unterscheide und erklärte: *"Vielleicht sollte ich diesen Kurs [der Organisation einer nationalistischen Partei] hinzufügen, um nicht alle ehemaligen Nazis in das feindliche Lager zu drängen?"*[1]

Während die westlichen Zonen versuchten, jede politische Wiederbelebung des Nationalsozialismus zu verbieten, lotete Stalin die Möglichkeiten aus, solche Elemente in ein neues Sowjetdeutschland zu integrieren. Die Zurückhaltung, die er von den Führern der Sozialistischen Einheit erhielt, beruhte

auf einer typisch marxistischen Reaktion. Der Marxismus wird jedoch benutzt, um eine Nation und einen Staat zu zerstören, nicht um sie aufzubauen. Stalin hatte, wie Trotzki zu Recht beklagte, die bolschewistische Revolution "verraten"[2], da er so gut wie jedes marxistische Programm rückgängig machte, das von Lenin, Trotzki, Sinowjew, Kamenjew und Swerdlow aufgestellt wurde, indem er sie größtenteils säuberte oder liquidierte.[3]

Grotewohl wandte ein, dass ein Zusammenschluss der "Faschisten" zu einer eigenen Partei "für die arbeitenden Massen" in den Westzonen unverständlich wäre. Vermutlich war er so naiv zu glauben, dass das Proletariat in den Westzonen so erpicht darauf war, zwölf Jahre fast wundersamer sozialer und wirtschaftlicher Errungenschaften unter dem Nationalsozialismus aufzugeben und sich dem doktrinären Marxismus anzuschließen, dass es sich verraten fühlen würde, wenn nicht alle Führer des ehemaligen Regimes aufgerieben und gelyncht würden. Stalin war da anderer Meinung. Stalin entgegnete, dass es einen positiven Eindruck vermitteln würde, wenn man den "Nazis" in den Westzonen zeigen würde, dass ihre Kameraden unter den Sowjets nicht gesäubert werden. Pieck hielt diese Idee für "unmöglich", während Stalin keinen Grund sah, warum sie nicht verwirklicht werden sollte. Er wollte "patriotische Elemente" für eine "faschistische Partei" rekrutieren, vor allem unter den "Nebenfiguren der ehemaligen Naziartei". Die Gründung einer solchen Partei hätte nichts Reaktionäres an sich, denn viele "Nazis" seien "aus dem Volk gekommen"[4].





Ulbricht hielt Stalins Idee für völlig plausibel, indem er sich auf den sozialistischen Aspekt des Nationalsozialismus konzentrierte, vor allem unter idealistischen Jugendlichen, die die NSDAP als sozialistisch angesehen hatten. Stalin erklärte, dass es ihm nicht darum ging, "faschistische" Elemente in die SED zu integrieren, sondern sie zu ermutigen, ihre eigene Partei im Bündnis mit der SED zu gründen.[5] Ehemalige "Nazis" wählten in der sowjetisch besetzten Zone die bürgerlich-konservativen Parteien, weil sie befürchteten, dass die Errichtung eines Sowjetstaates ihre Liquidierung bedeuten würde. Stalin wollte zeigen, dass ihre Situation unter einem sowjetischen Deutschland anders sein würde. Er teilte auch nicht die absurde Ansicht der anwesenden deutschen kommunistischen Führer, dass die "faschistischen Elemente" alle bürgerlich seien. Er erklärte, dass es "Erleichterungen für diejenigen geben sollte, die sich nicht an die westliche Besatzung verkauft haben", und dass *"wir nicht vergessen dürfen, dass die Elemente des Nazismus nicht nur in den bürgerlichen Schichten, sondern auch in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum lebendig sind"*[6].

Ulbrichts besonders positive Haltung unter den SED-Führern gegenüber Stalins Plänen für eine nationalistische Partei als Teil einer SED-geführten "Nationalen Front" hatte einen persönlichen Präzedenzfall. Während der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 bei Kommunisten in aller Welt eine Gewissenskrise ausgelöst hatte, war Ulbricht von dem Bündnis zwischen zwei "sozialistischen" Staaten besonders begeistert und schrieb in der in Stockholm erscheinenden Komintern-Zeitschrift Die Welt:

Viele Arbeiter, die den Sozialismus wollen, begrüßen den Pakt besonders, weil er die Freundschaft mit dem großen Land des Sozialismus stärkt. ...

Sowohl das deutsche Volk als auch die Völker, die in den deutschen Vielvölkerstaat[7] aufgenommen werden, müssen sich entscheiden: nicht zusammen mit der englischen Hochfinanz für die Verlängerung des Krieges und ein neues Versailles, sondern zusammen mit der Sowjetunion für den Frieden, für die nationale Unabhängigkeit und die Freundschaft aller Völker. Die Arbeiterklasse, die Bauern und die arbeitenden Intellektuellen Deutschlands, Österreichs, der Tschechoslowakei und Polens werden die stärkste Garantie für das sowjetisch-deutsche Bündnis und die Niederlage des englischen Plans sein.[8]



Es ist anzumerken, dass Ulbricht den Hitler-Stalin-Pakt als ein Bündnis gegen die von England angeführte Plutokratie sah. Ulbricht spielte auch eine wichtige Rolle bei Stalins Säuberung der deutschen kommunistischen Parteiführung, die nach Hitlers Amtsantritt in die UdSSR geflohen war. Einige von ihnen wurden aus der UdSSR zurück nach Deutschland ausgeliefert, wie Margarete Buber-Neumann, die nach Ravensbrück geschickt wurde.[9] Während Hitler fünf Mitglieder des Politbüros der deutschen kommunistischen Partei hinrichtete, wurden in der UdSSR sieben liquidiert und 41 von 68 Parteiführern.[10]

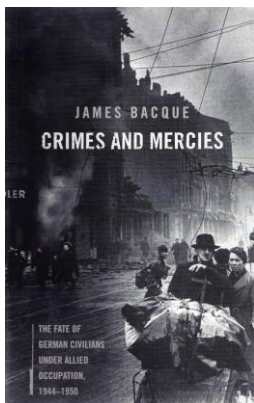
Pieck, der vermutlich davon ausging, dass die geplante Partei "nationalsozialistisch" oder "faschistisch" genannt werden würde, wandte ein, dass die Alliierten die Wiedergründung einer solchen Partei nicht zulassen würden. Stalin lachte daraufhin und erklärte, dass die Partei einen weniger offensichtlichen Namen wie "Nationaldemokraten" tragen würde.[11]

Ein weiterer wichtiger Einwand der Parteiführung, der ebenfalls naiv war, lautete, dass die "Faschisten" eine "aggressive Partei" seien und "Lebensraum" wollten. Stalin wies darauf hin, dass Deutschland besiegt sei, seine Armee nicht mehr existiere und dass sich die "faschistischen Elemente" mit solchen Dingen nicht befassen würden.

Ein großer Teil der eingefleischten deutschen Nationalsozialisten der Nachkriegszeit vertrat eine neutralistische, wenn nicht sogar eine offen prosowjetische Position. Sie hatten gerade einen

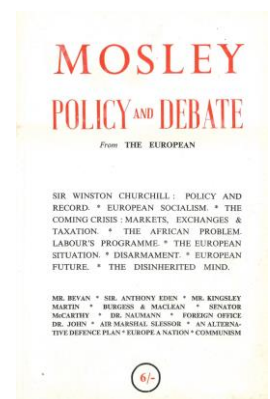
Krieg gegen die UdSSR geführt und viele waren nicht erpicht darauf, dies im Interesse der amerikanischen Hegemonie über Europa zu wiederholen, die sie als kulturell und spirituell tödlich betrachteten und daher eine größere Bedrohung darstellten als die russische militärische Besetzung. Außerdem hatten sich die Plutokratien mit Stalin überworfen, als dieser es ablehnte, Juniorpartner in einer neuen Weltordnung der Nachkriegszeit zu werden, die auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen basierte, wo die USA leicht Stimmen kaufen und den Sowjetblock ausmanövrieren konnten. Außerdem gab es den Baruch-Plan zur "Internationalisierung der Atomenergie", den die UdSSR als Euphemismus für die amerikanische Kontrolle betrachtete.[12] Tatsächlich war es die UdSSR, die einen nationalen Kurs verfolgte, einschließlich einer Kampagne gegen den "wurzellosen Kosmopolitismus" in der Kunst, den die stalinistische Führung als "Internationalismus" verurteilte, während sie eine wiederbelebte russische Volkskultur förderte; während die USA sich dem Internationalismus verschrieben und eine kulturelle Offensive starteten, in der der abstrakte Expressionismus und der Jazz eine führende Rolle bei dem Versuch spielten, die Nationen zu untergraben.[13]

Angesichts dieser Neuausrichtung in der Nachkriegszeit sollte es nicht allzu schwer sein zu verstehen, warum Stalin ehemalige Nazis als potenzielle Verbündete betrachtete und andersherum.



Die größte nationalsozialistische Formation der Nachkriegszeit in der Westzone, die Sozialistische Reichspartei unter der Führung von Generalmajor Otto Remer, wurde von den Alliierten schnell unterdrückt, als sie erhebliche Wahlerfolge erzielte. Am besorgniserregendsten war die "neutralistische Position" der Sozialistischen Reichspartei zu einer Zeit, als die USA den Morgenthau-Plan zur Auslöschung der deutschen Nationalität und des deutschen Volkstums rückgängig gemacht hatten[14] und Deutschland als Verbündeten gegen den neuen Feind Stalin wieder aufbauen wollten. Sir Oswald Mosley kommentierte die Verhaftung von Dr. Werner Naumann, der von Hitler als Nachfolger von Goebbels bestimmt worden war, und einiger anderer wegen angeblicher Unterwanderung der

Freien Demokratischen Partei mit den Worten: *"Jahre, nachdem die Russen deutschen Wissenschaftlern jeden materiellen Preis geboten hatten, den das Leben bieten kann, ließen die Alliierten diese Männer wegen ihrer früheren politischen Zugehörigkeit auf der Straße Schutt und Asche kehren."*[15]



Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD)

Im Februar 1948 verkündete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) das Ende der Entnazifizierung. Im März 1948 wurde die strafrechtliche Verfolgung von Deutschen wegen angeblicher "Kriegsverbrechen" formell beendet. Im selben Monat wurde die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) gegründet. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) wurde 1949 durch Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone ausgerufen, nachdem sich die UdSSR und die westlichen Besatzer nicht auf die Bedingungen für Wahlen zur Wiedervereinigung Deutschlands einigen konnten.

Mit der Gründung der NDPD erklärte Stalin, dass die Partei "die Grenze zwischen Nicht-Nazis und ehemaligen Nazis auslöschen" würde.[16] Am 22. März wurde eine Zeitung gegründet, um den Weg zu ebnen, die National-Zeitung, und verkündete *"Während in anderen Gebieten noch die Atmosphäre der Entnazifizierung Deutschlands herrscht, leuchten im Osten die Augen der Menschen wieder auf. Einfache Parteikameraden müssen nicht mehr schüchtern sein und sich ängstlich umschauen, als wären sie Ausgestoßene."* Die Partei wurde drei Tage später unter dem Vorsitz von Lothar Bolz gegründet, der dieses Amt bis 1972 innehatte. Bolz war vor dem Krieg Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen und gehörte zu den wenigen deutschen

Kommunisten, die Stalins gefährliche Gastfreundschaft gegenüber kommunistischen Flüchtlingen überlebt hatten.[17] Der stellvertretende Vorsitzende der NDPD war Heinrich Homann, der 1933 der NSDAP beigetreten und Mitbegründer des Bund Deutscher Offiziere (BDO) war, der die Keimzelle der NDPD bildete.



Das Programm der NDPD war streng nationalistisch, ebenso wie das der Sozialistischen Reichspartei, die in der Bundesrepublik verboten wurde:

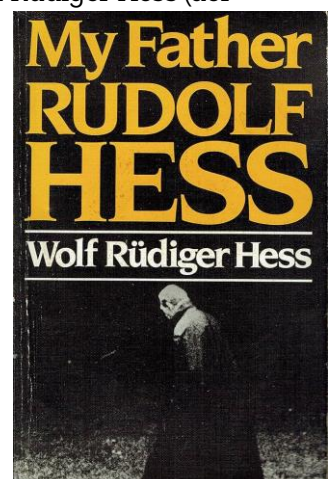
Amerika hat das Potsdamer Abkommen gebrochen und uns Deutsche mit Bosheit in die größte nationale Not unserer Geschichte gestürzt. ... Aber der amerikanische Krieg darf und soll nicht stattfinden! Deutschland muss leben! Deshalb fordern wir Nationaldemokraten: Die Amerikaner für Amerika. Deutschland für die Deutschen! Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Kind des Landesverrats... Deshalb fordern wir Nationaldemokraten: Die deutsche Einheit über dem Kopf der nationalverräterischen Regierung in Bonn, als Grundlage für Frieden, Unabhängigkeit und Wohlstand für unser gesamtes deutsches Vaterland.[18]

Die Partei erreichte 1953 einen Höchststand von 230.000 Mitgliedern und hatte in den 1980er Jahren immer noch eine bedeutende Mitgliederzahl von 110.000. 1948 schickte die Partei 52 Mitglieder in das Parlament der DDR, die Volkskammer. Eines ihrer Hauptziele war die deutsche Wiedervereinigung, und die Partei stützte sich bei ihren Kampagnen auf ehemalige NSDAP-Mitglieder und Armee-Veteranen. Ein solcher Aufruf der Partei aus dem Jahr 1952 enthielt 119 Namen von Offizieren der Wehrmacht, der SS, der Hitlerjugend, des Bundes Deutscher Mädel (BDM) und der Deutschen Arbeitsfront.[19]

Hess' Treffen mit DDR-Führern

Interessanterweise trafen sich ebenfalls 1952 Lothar Bolz, der damalige stellvertretende Ministerpräsident der DDR, der Minister für Handel und Versorgung, Karl Hamann, und Otto Grotewohl mit dem ehemaligen stellvertretenden Führer Rudolf Heß, um zu besprechen, ob Heß bereit wäre, eine führende Rolle in einem wiedervereinigten und neutralen Deutschland zu spielen. Der deutsche Historiker Werner Maser sagt, dass Otto Grotewohl ihm von dem Treffen erzählte, mit der Maßgabe, es erst nach Grotewohls Tod zu erwähnen.[20] Wolf Rüdiger Hess (der Sohn von Rudolf Hess) sagt, dass Stalin im März 1952 "einen Friedensvertrag und freie Wahlen für ein neutrales und vereinigtes Deutschland vorschlug, um zu verhindern, dass die Bundesrepublik Deutschland der westlichen Verteidigungsorganisation beitrifft, die er als Bedrohung der sowjetischen Sicherheit ansah." [21] Ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland war genau die Politik der Sozialistischen Reichspartei.

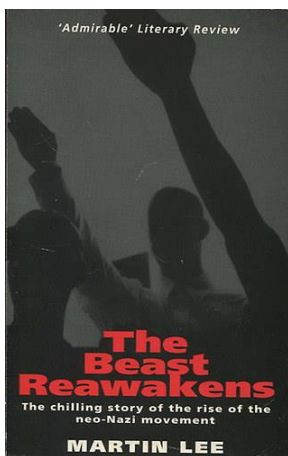
Als die UdSSR ihre monatliche Gerichtsbarkeit über die Gefängnisfestung übernahm, wurde Heß aus Spandau zu einem Treffen mit der DDR-Führung abgeholt.[22] Professor Maser schreibt, dass Stalin "in der Deutschlandfrage Gerechtigkeit mit Barmherzigkeit mischen und Heß eine herausragende Stellung im Rahmen des Wiederaufbaus und der Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands einräumen wollte." [23] Maser erklärte, dass er von Grotewohl den Eindruck hatte, dass die NDPD, die Liberal-Demokratische Partei und die Demokratische Bauernpartei, die alle zu einem "Nationalen Front"-Block in der DDR gehörten, ihre Parteiprogramme "verdächtig nahe an das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 herangerückt hatten." Es wurde vorgeschlagen, dass Hess als "Vehikel für die Einführung der Neuen Politik" dienen sollte, so Maser. Längerfristig würde Heß eine Rolle in der Führung eines wiedervereinigten Deutschlands spielen. Wenn Heß erklären würde, dass die DDR-Politik dasselbe sei wie der "Sozialismus", an dem er immer festgehalten hatte, würde er sofort aus



Spandau entlassen. Heß lehnte das Angebot ab, obwohl er *"die Bemühungen der DDR und der Sowjetunion um die Bewahrung des deutschen Patriotismus begrüßte und aufmerksam zugehört hatte, was seine Gesprächspartner zu den Programmen der genannten Parteien zu sagen hatten..."* Aber er betrachtete die Annahme eines solchen Angebots als Verrat am Andenken Hitlers. Grotewohl fiel es schwer zu verstehen, warum Heß das Angebot ablehnte, als freier Mann beim Wiederaufbau Deutschlands mitzuhelfen.[24]

Wolf Rüdiger Hess blieb skeptisch, was die Realität des Treffens und des Angebots betraf. Er hat nicht erklärt, warum. Das angebliche Treffen fand genau zu dem Zeitpunkt statt, als die UdSSR eine Abstimmung über die Vereinigung und Neutralität Deutschlands forderte, was eine Politik widerspiegelte, die von Kriegsveteranen und ehemaligen NSDAP-Mitgliedern unter Führung von Generalmajor Otto Remer in der Bundesrepublik ebenfalls aufgegriffen wurde.

Die Sozialistische Reichspartei (SRP) wurde 1949 gegründet und hatte prompt zwei Abgeordnete im Bundestag, die bei der Gründung der SRP von anderen Parteien übergelaufen waren. Remer war nicht nur stellvertretender Parteivorsitzender, sondern auch der energischste Wahlkämpfer



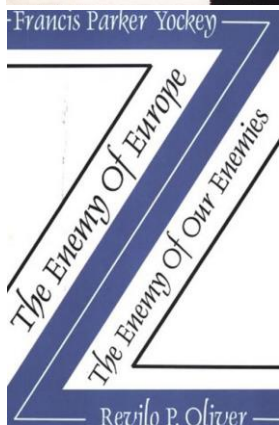
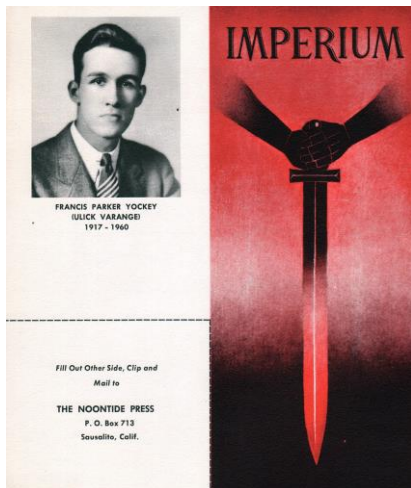
und erhielt begeisterte Reaktionen auf seine Verurteilung der amerikanischen demokratischen Zumutungen und sein Lob für die Errungenschaften des Nationalsozialismus.[25] Remer wurde bald aus Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verbannt, wo die SRP am beliebtesten war. Die US-Besatzungsbehörden bemerkten nicht nur den "nazistischen" Stil der SRP, sondern auch ihre Ablehnung eines westlichen Bündnisses und ihr Eintreten für ein vereinigtes Europa als dritte Kraft, angeführt von einem wiedervereinigten Deutschland. Die SRP zählte 10.000 Mitglieder und organisierte Hilfsorganisationen für Frauen, Jugendliche und Gewerkschafter. Ihre paramilitärische Reichsfront wurde hauptsächlich unter den in britischen Militärbasen kasernierten German Service Organization gebildet, die Berichten zufolge mit SRP-Propaganda eingedeckt wurden. 1950 wurden SRP-Mitglieder aus dem Staatsdienst ausgeschlossen,

da das US-Außenministerium befürchtete, dass die Partei demokratisch die Macht übernehmen könnte.[26] SRP-Versammlungen wurden von der Polizei gewaltsam aufgelöst und die pro-SRP-Zeitung "Reichszeitung" wurde verboten. Remer prangerte verstärkt die US-Besatzung und das westliche Bündnis an, während er die UdSSR und die DDR nicht verurteilte. Das US-Außenministerium bemerkte dies mit der Bemerkung: *"Es besteht der Verdacht, dass die Partei bereit ist, einen großen Kompromiss mit Russland einzugehen, um Deutschland zu vereinigen."*[27] Als die USA eine Politik der Integration Deutschlands in das westliche Verteidigungssystem beschlossen, startete Remer eine Kampagne mit dem Slogan "Ohne mich!", die bei den Kriegsveteranen, die sich über ihre Nachkriegslage in der Westzone ärgerten, großen Anklang fand. Remer ging noch weiter und erklärte, dass die Deutschen im Falle eines Krieges einen Rückzug der Amerikaner nicht decken sollten, wenn die Russen sie zurücktreiben. Er erklärte, dass er *"den Russen den Weg zum Rhein zeigen"* würde und dass die SRP-Mitglieder *"sich als Verkehrspolizisten postieren und die Arme ausbreiten würden, damit die Russen so schnell wie möglich ihren Weg durch Deutschland finden."*[28]



Im Jahr 1952, dem Jahr des Treffens zwischen der SED-Führung und Heß und Stalins Forderung nach freien Wahlen für ein neutrales und geeintes Deutschland, unterstützte Remer, der im Jahr zuvor zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er Bonner Beamte verleumdet und sich dabei auf den Vertrag von Rapallo als Symbol der deutsch-russischen Zusammenarbeit berufen hatte, die Vorschläge Stalins. Die USA sahen sich gezwungen, der Adenauer-Regierung mit dem "Contractual Agreement" vom Mai 1952 den Anschein von Souveränität über deutsche Angelegenheiten zu geben. SS-Veteranen durften nun in die Armee eintreten. Die USA blieben

misstrauisch, wie verlässlich Westdeutschland in einem Konflikt mit dem Ostblock sein würde, zogen aber das Risiko des Wiederaufbaus der Westzone der Möglichkeit vor, dass die Deutschen Stalins Forderung nach einem geeinten, neutralen Staat nachkommen würden. Es wurde auch stillschweigend akzeptiert, dass der Zweck der NATO darin bestand, Deutschland ebenso wie die UdSSR einzudämmen.[29] Der Druck der SRP und Stalins Forderung nach einem neutralen, vereinten Deutschland hatte das Ende der Entnazifizierung in der Bundesrepublik erzwungen.

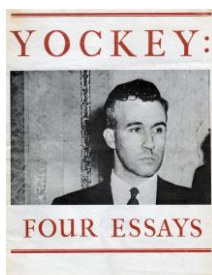
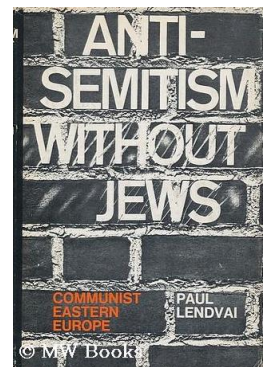


Zu dieser Zeit war der amerikanische Philosoph und Aktivist Francis Parker Yockey, der die Befreiung und Einheit Europas forderte, wie Remer und andere bereit, mit der UdSSR zusammenzuarbeiten, um den "heiligen Boden" Europas von der US-Besatzung zu befreien, die er als Vollstrecker der jüdischen "Kulturverzerrung" betrachtete. Yockey, der bis zu seiner Festnahme in den USA im Jahr 1960 dem militärischen Geheimdienst, Interpol und dem FBI einen Schritt voraus war und die Welt bereiste, um ein "faschistisches" Revival zu organisieren, war ein Berater der SRP. Zusammen mit einigen Kollegen aus Mosleys Union Movement vertrat Yockey 1947 im Gegensatz zu Mosley die Position, dass eine russische Besetzung Europas das kleinere Übel sei. Dies wurde vom FBI bemerkt, das in einem Bericht von 1954 Yockeys Aktivitäten zusammenfasste und feststellte, dass Yockey und seine Kollegen Mosley verließen und 1949

die Europäische Befreiungsfront (ELF) gründeten, nachdem er im Jahr zuvor sein Hauptwerk Imperium veröffentlicht hatte. Während eines Planungstreffens für die ELF in London erklärte Yockey, dass es sein Ziel sei, eine Partisanenorganisation zu schaffen, die mit der UdSSR gegen die westlichen Besatzungsmächte in Deutschland zusammenarbeiten würde. Im FBI-Bericht heißt es, dass Yockey nach Deutschland reiste, wo er antiamerikanisches Material pro-sowjetischer Natur verbreitete und Kontakt zur SRP aufnahm.[30] Yockey schrieb eine Fortsetzung von Imperium, Der Feind Europas, als Anleitung für die SRP, obwohl das Dokument von den Besatzungsbehörden unterdrückt wurde.[31] In den Jahren 1955 bis 1957, den "verschollenen Jahren", soll Yockey durch den Sowjetblock gereist sein. In einem Brief von Yockeys wichtigstem US-Kontakt, Keith Thompson, dem

registrierten US-Agenten der SRP, an diesen Autor heißt es, dass Yockey als Kurier für den tschechischen Geheimdienst arbeitete. Sein "Faschismus" war für die Sowjets offensichtlich kein Hindernis, und man könnte vermuten, dass er seinen Lebensunterhalt damit verdiente, antizionistische Propaganda im Sowjetblock zu schreiben, nachdem er dies 1953 für das Nasser-Regime in Ägypten übernommen hatte.

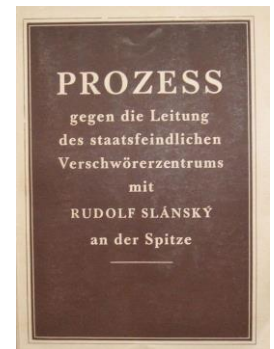
DDR weist Zionisten zurück



1952 kündigte das Bonner Regime an, dass es mit der Zahlung von Reparationen an Juden beginnen würde. In der Zwischenzeit begann der Prozess gegen Rudolf Slansky und andere meist jüdische Führer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, die einer weitreichenden "zionistischen Verschwörung" in Zusammenarbeit mit den USA und Israel angeklagt waren;[32] ein Ereignis, das für das Denken von Yockey und anderen Rechten gegenüber dem Sowjetblock wegweisend war.[33] Der Prozess wurde vom Zentralkomitee der SED zur Kenntnis genommen:

Unter der jüdisch-nationalistischen Flagge, getarnt als zionistische Organisation und als Diplomaten der amerikanischen Vasallenregierung Israels, gingen diese amerikanischen Agenten ihrem Handwerk nach. Aus dem Morgenthau-Acheson-Plan, der während des

Prozesses in Prag enthüllt wurde, geht unmissverständlich hervor, dass der amerikanische Imperialismus seine Spionage- und Sabotageaktivitäten in den Volksrepubliken über den Staat Israel mit Hilfe zionistischer Organisationen organisiert und unterstützt.[34]



Der "Morgenthau-Acheson-Plan", auf den in der SED-Erklärung Bezug genommen wurde, war eine Behauptung, dass eine Vereinbarung getroffen worden war, "nach der amerikanische Unterstützung für Israel im Austausch für den Einsatz zionistischer Organisationen für Spionage und Subversion" der Staaten des Sowjetblocks versprochen wurde.[35]

Außerdem verurteilte das Zentralkomitee der SED in derselben Erklärung den deutschen Kommunisten Paul Merker als zionistischen Agenten, der "genauso wie die Verbrecher in der Tschechoslowakei" gehandelt habe. Merker, der die Kriegsjahre im mexikanischen Exil verbracht hatte, setzte sich für Reparationen für deutsche Juden ein. Die SED-Führung erklärte:

Es kann nicht länger bezweifelt werden, dass Merker ein Agent der US-Finanzoligarchie ist, dessen Forderung nach Entschädigung für jüdisches Eigentum nur dazu dient, US-Finanzkapital nach Deutschland einzuschleusen. Das ist der wahre Grund für seinen Zionismus. Er fordert die Vertreibung des deutschen Volksvermögens mit den Worten: "Die Entschädigung für den Schaden, der jüdischen Bürgern zugefügt wurde, wird sowohl denjenigen gewährt, die zurückkehren, als auch denjenigen, die im Ausland bleiben wollen." Merker verwandelte die von den Monopolkapitalisten aus deutschen und ausländischen Arbeitnehmern herausgepressten Maximalgewinne unrechtmäßig in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes. In Wirklichkeit übertrug die "Arisierung" dieses Kapitals lediglich die Gewinne der "jüdischen" Monopolkapitalisten auf "arische" Monopolkapitalisten.[36]

Wie bei der sowjetischen Säuberung von Zionisten und Juden in der Tschechoslowakei wurde Merker als Teil eines Weltapparats verurteilt, in dem Zionisten als Agenten für die Subversion durch ausländisches Kapital dienten.

Die DDR hat zu keinem Zeitpunkt diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen. Die DDR weigerte sich auch beharrlich, Reparationszahlungen an Israel oder "Holocaust-Überlebende" zu leisten.

Am 18. September 1973 erklärte Yosef Tekoah, israelischer Botschafter bei der UN-Vollversammlung, dass:

"Israel nimmt mit Bedauern und Abscheu zur Kenntnis, dass der andere deutsche Staat (DDR) die historische Verantwortung Deutschlands für den Holocaust und die daraus resultierenden moralischen Verpflichtungen ignoriert hat und weiterhin ignoriert. Sie hat die Schwere dieser Haltung noch verstärkt, indem sie die Gewalt- und Mordkampagne der arabischen Terrororganisationen gegen Israel und das jüdische Volk unterstützt und praktisch gefördert hat."

Das ostdeutsche Regime hat die Kriegsschuld, die die Grundlage des Bonner Regimes war, nie anerkannt und war daher moralisch nicht daran gehindert, eine antizionistische Politik zu verfolgen. Interessanterweise wurden die ersten Kommentare zu Bonns Absicht, Reparationen



an Juden und Israel zu zahlen, drei Tage nach der Veröffentlichung der Anklagen gegen Slansky und Co. wegen "zionistischen Verrats" veröffentlicht. Ein Artikel im Neuen Deutschland beschrieb das Reparationsabkommen als einen Deal, der zwischen "westdeutschen und israelischen Kapitalisten" ausgehandelt worden war.[37] Mit

dem Tod Stalins 1953 hoffte Israel auf einen Richtungswechsel, auch in der Frage der Reparationen, aber die DDR weigerte sich.



1968 behauptete Simon Wiesenthal, dass der Nachrichtendienst der DDR weitaus antizionistischer sei als der jedes anderen Staates des Sowjetblocks, und dass dies an der Zahl der dort beschäftigten Ex-"Nazis" liege.[38] Die NDPD stand im Mittelpunkt von Wiesenthals Anschuldigungen. Dr. Richard Arnold, der Beamter im Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung (1939-1945) war und darüber schrieb, jede Spur des "jüdischen Geistes" aus dem kulturellen Leben Deutschlands zu entfernen, war 1968 Chefredakteur von Der Nationale Demokrat, der Zeitung der NDPD, und Träger des Verdienstordens für das Vaterland. Kurt Herwart Ball, der der Redakteur der SS-Zeitschrift Hammer war, arbeitete in der DDR als Journalist für die NDPD und als Beamter im Propagandabüro des Regimes.

In einem Bericht aus dem Jahr 1951 forderte die Anglo-Jewish Association das Bonner Regime und die alliierten Besatzer auf, eine energische Kampagne gegen das Wiederaufleben des Nationalsozialismus und die Zulassung von Kriegsveteranen in den politischen Bereich zu starten:

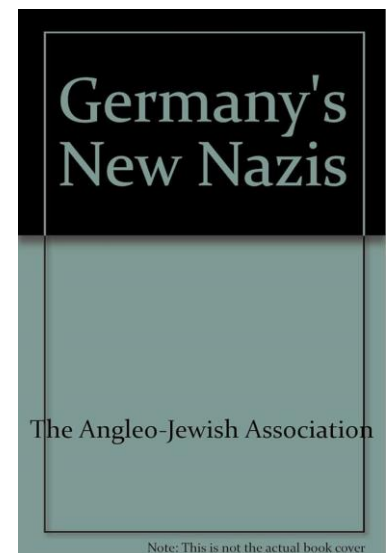
In Deutschland wie auch anderswo hat das politische Pendel seit 1945 weit ausgeschlagen. Die zunehmende Verschärfung des Kalten Krieges hat unter anderem dazu geführt, dass die Parteien - nicht immer ganz uneigennützig - dazu neigen, diejenigen, die auf das Neonazi-Wiederaufleben aufmerksam machen, als Kommunisten und Mitläufer abzustempeln. Die Fakten, die in dieser Broschüre über die neuen Nazigruppen aufgedeckt werden, und der starke Verdacht, der in vielen deutschen Kreisen besteht, dass zumindest einige ihrer Anführer nicht davor zurückschrecken, sich mit den Totalitaristen der Ostzone zu arrangieren, sollten dazu beitragen, solche Ansichten zu entlarven. Allzu oft werden sie von Leuten geäußert, deren erklärte Abneigung gegen die stalinistische Diktatur nur ein Deckmantel für ihre eigenen totalitären Ziele ist.

Es sollte klar sein, dass die Neonazis in keiner Weise Verbündete gegen den Kommunismus sind. Noch bevor die führende Neonazigruppe - die Sozialistische Reichspartei - gegründet wurde, schrieb Drew Middleton, leitender Korrespondent der New York Times in Deutschland:

"Es ist höchste Zeit, dass die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sich der Gefahr bewusst werden, der sehr realen Gefahr, dass der Aufstieg der Rechten in Deutschland die beste Chance für eine sowjetisch-deutsche Annäherung darstellt... Antikommunismus ist nicht genug. (The Struggle for Germany, Allan Wingate, 1949)"

Die neuen Nazis lassen sich direkt von Hitlerdeutschland inspirieren, und diejenigen, die aus der Geschichte lernen, werden die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 fest vor Augen haben. Sie werden sich daran erinnern, dass es dieser Pakt war, der den Startschuss für die Entfesselung der deutschen Armeen gegen Polen und später gegen den Westen gab. Ebenso sollte nicht vergessen werden, dass die Geschichte der unglückseligen Weimarer Republik mit Beispielen der Zusammenarbeit zwischen den Nazis und den Kommunisten gegen die demokratischen Parteien gespickt ist. Was damals geschah, kann sich durchaus wiederholen.[39]

Die Integration von "Nazis" und Rechten in der DDR hatte ihre Vorläufer, wie der anglo-jüdische Bericht erwähnt. Karl Radek, das antisemitische Stereotyp eines "bolschewistischen Juden",

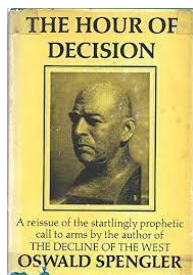


versuchte, an den Nationalismus der deutschen Arbeiter zu appellieren, um sie für die kommunistische Partei und weg von der NSDAP zu gewinnen, indem er im Namen des gemarterten Freikorpskämpfers Albert Leo Schlageter, der 1923 von den Franzosen wegen seiner Widerstandsaktivitäten erschossen worden war, für den Widerstand gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets agitierte. In seiner Rede forderte Radek die Kommunisten auf, sich die nationalistischen Gefühle der deutschen Arbeiter zunutze zu machen, anstatt sie zu bekämpfen. Radek erklärte mit Worten, die sich dreißig Jahre später in Stalins Ziel der Wiedereingliederung der NSDAP und der Militärveteranen in die DDR widerspiegeln, dass *"diejenigen, die sich in ihrer Verzweiflung über die sozialen Missstände und die Versklavung ihrer Nation*

Karl Radek

Leo Schlageter: The Wanderer into the Void

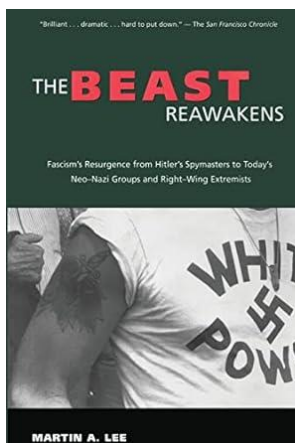
(June 1923)



dem Faschismus zugewandt haben", von der kommunistischen Partei nicht länger mit Abscheu betrachtet werden sollten. [40] Zu diesem Zweck wurden Flugblätter, die für Versammlungen der Kommunistischen Partei zu Ehren Schlageters warben, mit dem roten Stern und dem Hakenkreuz geschmückt. [41] Eine Broschüre über Schlageter enthielt Radeks Rede und Artikel des konservativ-revolutionären Moeller van den Bruck, des Grafen Ernst zu Reventlow von der NSDAP und von Fröhlich von der Kommunistischen Partei. [42]

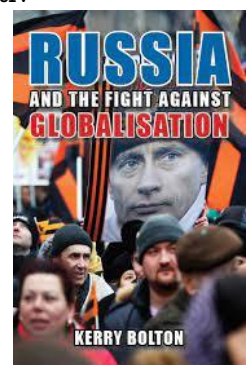
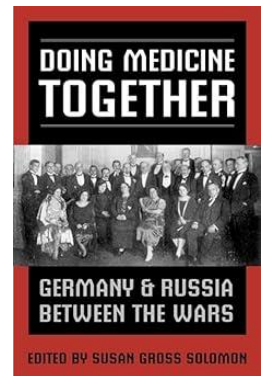
Die "nationalbolschewistische" Strömung innerhalb der deutschen Rechten in der Weimarer Zeit betrachtete die UdSSR als einen natürlichen Verbündeten Deutschlands gegenüber den Plutokratien. Sie befürworteten eine ostwärts gerichtete Ausrichtung der deutschen Diplomatie, die sich im Vertrag von Rapallo widerspiegelte. Die wichtigsten "Nationalbolschewiken" waren Ernst Niekisch und Karl O. Paetel, um die sich nicht nur radikale Nationalisten und revolutionäre Konservative wie Otto Strasser und Ernst Jünger, sondern auch die Kommunisten Bertolt Brecht und Ernst Toller scharten. [43] Auch Oswald Spengler, der konservativ-revolutionäre Philosoph und Historiker, der vor der Möglichkeit warnte, dass Russland hinter dem Banner des Bolschewismus eine "farbige Weltrevolution" anführen könnte, [44] hatte die Möglichkeit eines weiteren russisch-deutschen Bündnisses gesehen. [45]

Die UdSSR suchte über verschiedene Organisationen nach Rechtsextremisten: Dem Verein zum Studium der Planwirtschaft in Sowjetrußland (Arplan) gehörten Reventlow, Jünger und mehrere Nationalbolschewiken an. [46] Der Bund der Berufsinstrukturellen (BGB), dem Jünger und Niekisch angehörten, war laut sowjetischen Dokumenten ein Mittel, um *"eine Reihe hochrangiger Intellektueller mit rechter Orientierung in unseren Einflussbereich"* [47] zu ziehen.



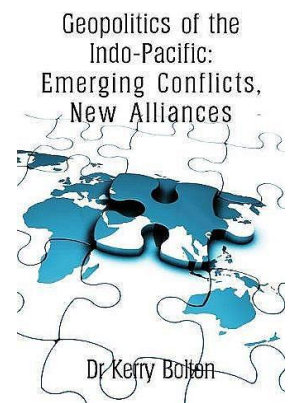
Die Linie, die Remer und die DDR verfolgten, war also keineswegs ein historischer Irrweg oder ein Paradoxon. Am 23. Oktober 1952 wurde die SRP verboten, [48] nachdem sie 16 Sitze im niedersächsischen Landtag und 8 Sitze in Bremen gewonnen hatte. Auf die SRP folgten die Deutsche Reichspartei von Oberst Hans-Ulrich Rudel und die Nationaldemokratische Partei (NPD), nicht zu verwechseln mit ihrer sowjetisch unterstützten Namensvetterin, der NDPD.

Remer, wie auch Rudel und der Kommandoführer Major Otto Skorzeny, betrieben ihre eigene Version der deutschen Diplomatie. Rudel und Skorzeny berieten Juan Peron in Argentinien, während Remer enge Verbindungen zum Nasser-Regime unterhalten und in Ägypten und Syrien gelebt haben soll. Martin Lee schreibt, dass ein russisch-deutsches Abkommen die Grundlage



von Remers Politik blieb, da es die einzige Möglichkeit war, Europa von den USA zu befreien. Remer war der Meinung, dass ein geeintes Europa auch Russland einschließen sollte,[49] das eine solche Union als Bollwerk gegen ein heranrückendes Asien begrüßen würde.[50]

Zurück in Bayern gründete Remer 1983 die deutsche Freiheitsbewegung (DDF), die sich unter dem Vorsitz von Georg Bosse für eine deutsch-russische Verständigung einsetzte. Ihr Manifest, das Bismarck-Deutsche Manifest, trägt den Untertitel "Deutsch-Russisches Bündnis Rapallo 1983". Die Bewegung gab eine Zeitschrift heraus, Recht und Wahrheit. Das DDF-Manifest Der Bismarck-Deutsche setzte die neutralistische Linie aus Remers SRP-Tagen drei Jahrzehnte zuvor fort. In dem Manifest, das Yockeys Ideen über das "kulturverfälschende Regime" in Washington und New York aufgreift, heißt es: *"Der American Way of Life ist für uns gleichbedeutend mit der Zerstörung der europäischen Kultur" und dass Deutschland "nicht als Speerspitze der NATO benutzt werden wird... Wir werden uns nicht an einem NATO-Krieg gegen Russland beteiligen."* Remer erklärte Martin Lee: *"Wir müssen wie Bismarck erkennen und entsprechend handeln, dass Russland die Supermacht in diesem gigantischen eurasischen Kontinent ist, zu dem wir geografisch, geopolitisch und wirtschaftlich, aber auch kulturell gehören... Wir sind wie Bismarck für eine enge Zusammenarbeit mit Russland in Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Technik und Forschung."*[51]



Der Geheimdienst der US-Armee, der Remer immer noch beobachtete, befürchtete, dass seine neutralistische und sogar "prosowjetische" Linie in der deutschen Rechten auf dem Vormarsch war, und stellte einen "Trend zum Neutralismus" und einen "Anstieg des Antiamerikanismus" fest. 1985 sagte ein westdeutscher Geheimdienstoffizier gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass *"die Sowjetunion als potenzieller Freund und in einigen Fällen sogar als Verbündeter angesehen wird."*[52]

Interessanterweise kaufte Castro 1962, während der "Kubakrise", 4.000 Pistolen über Remer und Ernst Wilhelm Springer.[53] Letzterer war ein Mitglied der SRP, das sich wie Remer 1953 in Ägypten niedergelassen hatte, um arabische Kunden mit Waffen zu beliefern.[54] Es ist vielleicht ein Hinweis darauf, dass Remer es ernst meinte, als er wagte, dass die SRP den Russen in Deutschland im Falle eines Konflikts mit den USA helfen würde.

„Fidel Castro rekrutierte ehemalige Nazis, um während des Kalten Krieges Truppen auszubilden“

Updated Oct 16, 2012, 03:25:21 AM IST

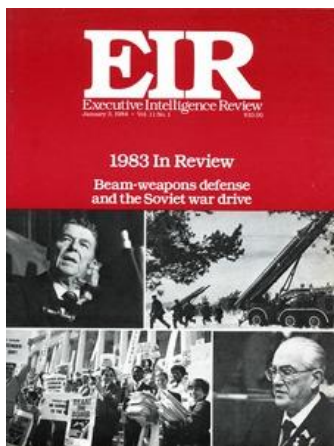


Warum pro-russische, Anti-NATO- oder neutralistische Positionen von US-amerikanischen und deutschen Geheimdiensten als plötzlicher neuer Trend in der Rechten angesehen werden, ist schwer zu erklären. Selbst die vergleichsweise konservative NPD der 1960er Jahre, in denen sie unter Adolf von Thadden ihren wahlpolitischen Höhepunkt erreichte, lehnte die NATO ab.

Während Yockeys Pläne mit seinem Tod in einem Gefängnis in San Francisco 1960 beendet wurden, als er auf ein Verfahren wegen Passbetrugs wartete, wurde seine militante Haltung von einer neuen Generation unter der Führung von Michael Kühnen übernommen, der Ende der 1970er und in den 1980er Jahren die Aktionsfront der Nationalsozialisten gründete. Unter dem Namen "Zelle Werwolf Nord"[55] organisierte er zusammen mit der

Wiking Jugend einen Überfall auf einen NATO-Stützpunkt in den Niederlanden und andere Aktionen gegen NATO- und US-Stützpunkte in Westdeutschland.[56]

Das soll nicht heißen, dass Remer und andere zu Stalinisten geworden wären. Wie Artikel in Recht und Wahrheit zeigen,[57] blieben Remer und die DDF kritisch gegenüber dem Stalinismus, der UdSSR und der DDR und begrüßten den Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands. Für den Autor ist unklar, was Remer und andere von der Verdrängung der sowjetischen Kontrolle über Ost- und Mitteleuropa und der Zerschlagung des Warschauer Pakts durch eine Macht, die *"gleichbedeutend mit der Zerstörung der europäischen Kultur"* war, wie Remer es ausdrückte, für Europa erwarteten. Seine Ansichten zum Zeitpunkt des Mauerfalls scheinen im Widerspruch zu den leidenschaftlichen anti-amerikanischen und pro-sowjetischen



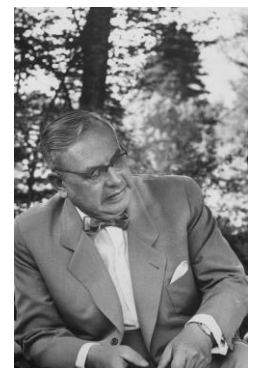
Äußerungen in den frühen 1950er Jahren zu stehen. Vielleicht war er der Meinung, dass die UdSSR nach Stalin immer mehr zerfiel, was auch der Fall war. Die "farbigen Revolutionen", die von George Soros' Netzwerk und dem National Endowment for Democracy in Zusammenarbeit mit dem US-Außenministerium organisiert und finanziert werden, sind seit den Tagen der "Solidarność" in Polen in ganz Europa weit verbreitet und es gibt keine Anzeichen für ein Nachlassen. Als die UdSSR noch ein Faktor in der Weltmachtpolitik war, betonte Remer 1983: *"Ich möchte eine Vereinbarung mit dem russischen Volk treffen, wir müssen aus der NATO und aus der Europäischen Gemeinschaft austreten. Wir wollen ein neutrales Land sein, dann können wir uns wiedervereinen. Die Amerikaner, nicht die Russen, sind die Aggressoren!"* Remer erklärte, dass die Russen *"sehr interessiert"* seien.[58]

Die Ursprünge der NDPD in der UdSSR zu Kriegszeiten

Bekanntlich wurden einige wie General Reinhard Gehlen, Chef des Spionageapparats des Bonner Regimes, zu eifrigen Kalten Kriegern im Auftrag der USA. Die Beziehungen zwischen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, der UdSSR und den Führern der DDR und der Sozialistischen Einheitspartei spiegelten die Bereitschaft anderer Kriegsveteranen und ehemaliger NSDAP-Mitglieder wider, sich die sowjetische Hegemonie zu eigen zu machen und gleichzeitig deutsche Patrioten zu bleiben.

Diejenigen, die die NDPD gründeten, waren Kriegsgefangene in der UdSSR gewesen. Während viele russische Soldaten, die sich den Deutschen ergeben hatten, sich einer antisowjetischen Armee unter deutscher Führung anschließen wollten, gab es auch Deutsche in russischer Gefangenschaft, die davon überzeugt waren, dass sie im Nachkriegsdeutschland eine Rolle spielen könnten.

Lothar Bolz, Mitbegründer und erster Vorsitzender der NDPD (1948-1972), war eines der wenigen kommunistischen Parteimitglieder, die die Liquidierung durch Stalin überlebt hatten, als die Parteimitglieder in die UdSSR geflohen waren. Dort unterrichtete er an einer ideologischen Schule für gefangene Deutsche.



Friedrich Paulus (sitzend) und Oberst Wilhelm Adam (Mitte) in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, 1943
Kriegsgefangenenlager Woikowo, ggf. Lubjanka

Einer der wichtigsten Mitbegründer der NDPD war Oberst Wilhelm Adam, ein Veteran beider Weltkriege, dessen nationalistische Politik auf seine Mitgliedschaft im Jungdeutschen Orden (1920) und in der NSDAP (1923) sowie auf seine Teilnahme am Münchner Putsch zurückging. Von 1926 bis 1929 war er Mitglied der konservativen Deutschen Volkspartei (DVP). Im Jahr 1933 trat er dem Stahlhelm und der SA bei. Als er 1943 in Stalingrad gefangen genommen wurde, trat Adam dem Nationalkomitee für ein freies Deutschland bei. Als er 1948 in die sowjetische Zone Deutschlands zurückkehrte, war er Berater der sächsischen Landesregierung. 1952 wurde er Oberst in der Kasernierten Volkspolizei (KVP), der späteren

Volksarmee der DDR. Er wurde 1968 mit dem Banner der Arbeit und 1977 mit dem Titel eines Generalmajors geehrt.

Vincenz Müller, ein Veteran beider Weltkriege im Rang eines Generalleutnants, wurde 1944 in Minsk gefangen genommen. Er trat dem Nationalkomitee für ein freies Deutschland bei, in dem er besonders aktiv war. 1948 kehrte er nach Deutschland zurück und trat der NDPD bei, wo er von 1949 bis 1952 als stellvertretender Vorsitzender und Mitglied der Volkskammer fungierte. 1952 wurde ihm die Verantwortung für die Reorganisation der DDR-Streitkräfte übertragen, er leitete das Innenministerium, organisierte die KVP und wurde zum ersten Stabschef der Nationalen Volksarmee ernannt. Seine Loyalität war jedoch oft verdächtig, vielleicht weil er Kontakte in den Westen pflegte, um die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu fördern. 1958 trat er in den Ruhestand.



Vincenz Müller (2.v.l.) bei einem Empfang durch Wilhelm Pieck (1957)



Heinz Neukirchen, ein in Norwegen stationierter Marinekommandant, wurde zwischen 1945 und 1949 in der UdSSR festgehalten. 1949 trat er in die NDPD ein und war bis 1950 als parteipolitischer Abteilungsleiter und danach als stellvertretender Vorsitzender des Parteivorstands für den Bezirk Berlin tätig. In den Jahren 1954-1956 diente er als Stabschef der Seepolizei und wurde 1952 zum Konteradmiral und später zum Stabschef der Volksmarine ernannt.


Rudolf Bamler war Abteilungsleiter der Abwehr, dem deutschen militärischen Geheimdienst. Bamler, der den Rang eines Generalleutnants hatte, geriet 1944 an der Ostfront in Gefangenschaft. Er diente von 1946 bis 1962 als Offizier der Stasi und hatte den Rang eines Generalmajors in der KVP inne.

Arno von Lenski diente in beiden Weltkriegen. Er wurde 1943 zum Generalleutnant befördert, geriet in Stalingrad in Gefangenschaft und trat 1944 dem Nationalkomitee für ein freies Deutschland bei. Als er 1949 nach Deutschland zurückkehrte, wurde er 1950 Ratsmitglied der NDPD. Er arbeitete in der Berliner Stadtverwaltung, trat der KVP bei und wurde Generalmajor der Nationalen Volksarmee. 1952 diente er als Mitglied der Volkskammer für die NDPD.



Generalmajor Kurt Hähling, der 1951 aus russischer Gefangenschaft zurückkehrte, diente der NDPD als Bezirksvorsitzender für Dresden (1953-1960).

Das letzte Wahlergebnis der NDPD, die zu diesem Zeitpunkt offensichtlich bestrebt war, sich von "rechten" Tendenzen zu befreien und "liberal" aufzutreten, und die die Eintrittsversuche der Nationaldemokratischen Partei (NPD) zurückwies,[59] war bei den Kommunalwahlen 1990 in Helbra im Mansfelder Land, wo die Partei 2% erreichte und dann in der Freien Demokratischen Partei verschwand.

<p> ChristianDirkLudwig (Unregistrierter Gast)</p>	<p>Veröffentlicht am Dienstag, 04. September 2007 - 11:30 Uhr:</p> <p>Dr.hc. ChristianDirkLudwig (ehemaliges NDPD Vorstandsmitglied Kreisverband Berlin-Prenzlauer Berg)Die NDPD war in den 70igern und 80 iger eine Partei die vor allem Handwerker und Gewerbetreibende vertrat, es ist richtig das die Gründung der Ost-CDU und LDPD Mitglieder abjagen sollte Nicht zu vergessen sollte man dabei, dass die NDPD, einen der liberalsten Verlag der DDR, den Verlag der Nation betrieb, indem auch namhafte Westautoren vertreten waren. Aufgrund der Eingliederung unbelasteter NSDAP Mitläufer ist zu bedenken, dass auch die NDPD von der Stasi überwacht wurde und "braunes" Gedankengut auch in der Mitgliedschaft nicht geduldet wurde. In der Wendezeit entstand folgendes Problem, die NDPD war nach der SED, die reichste Partei der DDR, dass Nationale Druckhaus und die Verlage erwirtschafteten auch Devisen. Die NDPD hatte im Portfolio auch erhebliches Immobilieneigentum. Die rechtsextreme NPD gierte nach diesem Vermögen. Wir stellten zum Schluss auch eine Eintrittswelle fest. Zahlreiche dieser Neumitglieder mussten, wir nach dem diese ihr wahres (rechtsextremes)Gesicht zeigten, ausschliessen. Da der Vorstand mit den demokratischen Mehrheiten der Mitgliedschaft jegliche Zusammenarbeit mit der faschistischen NPD ablehnte (ZU RECHT) wurden wir mit Drohnbriefen etc. überschwemmt. In Berlin mussten der Parteivorstand und die Geschäftsstellen größtenteils unter Polizeischutz gestellt werden. DEMNACHST MEHR.</p>
---	---

Fazit

Die NDPD scheint größtenteils im "Gedächtnisloch" verschwunden zu sein. Dabei war die Partei bis in die letzten Tage der DDR ein wichtiger Bestandteil des regierenden Blocks der Nationalen

Front. Laut einem ihrer letzten Amtsinhaber, Dr. Ludwig, hatte die Partei ein beträchtliches Vermögen angehäuft.[60] NDPD-Funktionäre und vor allem hochrangige Offiziere aus dem Dritten Reich, von denen viele die höchsten militärischen Auszeichnungen des Regimes erhielten, wurden in der DDR an die Spitze von Politik, Polizei und Militär befördert. Die NDPD unterscheidet sich zwar von der NPD, die in Westdeutschland gegründet wurde, aber als Deutschland wiedervereinigt wurde, erhielt die deutsche radikale Rechte, wie die NPD und andere, einen Zustrom von besonders jungen Rekruten aus dem Osten. Man könnte sich fragen, ob dies daran lag, dass gerade die Jugend, die unter einem nominell "kommunistischen Regime" gelebt hatte, von Natur aus zu den eifrigsten Antikommunisten wurde? Es gibt aber auch eine andere Erklärung: Diese Jugendlichen hatten unter der spartanischen Disziplin der DDR gelebt, ihrem Militarismus, ihrer Pflicht, unbelastet von "Kriegsschuld", geschult in Antizionismus und Antiliberalismus, wenn auch mit marxistischer Rhetorik, wo die staatlichen Jugendorganisationen für Jungen und Mädchen in ihrer Form der Hitlerjugend und dem BDM verblüffend ähnlich sind. Hätten diese Jugendlichen ihre Vergangenheit in der DDR abgelehnt, wären sie, sobald sie sich von der Disziplin des alten Regimes befreit hätten, sicherlich dazu übergegangen, sich den Liberalismus, den Kommerz und die amerikanische Popkultur zu eigen zu machen, die die Grundlage des Bonner Regimes und jetzt des wiedervereinigten Deutschlands bilden. Stattdessen haben sich viele für eine andere "autoritäre Ideologie" entschieden und den demokratischen Liberalismus weiterhin gemieden. Mit dem Verschwinden der liberalisierten NDPD im Jahr 1990 erhält die NPD, die Nachfolgerin der Sozialistischen Reichspartei, ihre meisten Stimmen aus den ehemaligen DDR-Ländern: Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

Quelle

Anmerkungen:

- [1] Historische und Dokumentarische Abteilung, Russisches Außenministerium, Die UdSSR und die deutsche Frage. 1941-1949. Dokumente aus den Archiven der Außenpolitik der Russischen Föderation, M. "Internationale Beziehungen", 2003, S. 244-253.
- [2] Lew Trotzki, Die verratene Revolution (1936). Siehe insbesondere Kapitel 7, in dem Trotzki die Wiederherstellung des Familienlebens als besonders unbolschewistisch beklagt.
- [3] K. R. Bolton, Stalin: The Enduring Legacy (London: Black House Publishing, 2012).
- [4] Historische und dokumentarische Abteilung, op. cit.
- [5] Ebd.
- [6] Ebd.
- [7] Das heißt, die Staaten, die dem Reich einverleibt worden waren.
- [8] W. Ulbricht, Die Welt, 9. Februar 1940.
- [9] Margarete Buber-Neumann wuchs in einer zerrütteten Familie auf und zeigte eine eher nebulöse Liebe zur "Menschheit" als zu ihrer eigenen Familie, wie aus einer kurzen Biografie hervorgeht. Sie wurde eine führende Agentin für die Komintern. 1933 flohen sie und ihr Mann Heinz Neumann nach Moskau, wo er 1937 "verschwand". Kurz darauf wurde sie in ein Arbeitslager in Sibirien geschickt, und mit dem Hitler-Stalin-Pakt wurde sie 1940 zurück nach Deutschland deportiert, wo sie ihre Arbeit bei "harter Arbeit" wieder aufnahm. Siehe: "Margarete Buber-Neumann", Fembio, <http://www.fembio.org/english/biography.php/woman/biography/margarete-buber-neumann/>
- [10] K. R. Bolton, Stalin: The Enduring Legacy, a.a.O., S. 8.
- [11] Historische und dokumentarische Abteilung, a.a.O.
- [12] K. R. Bolton, Stalin: The Enduring Legacy, a.a.O., S. 125-136.
- [13] Ebd., S. 28-54.
- [14] James Bacque, Crimes and Mercies (London: Little Brown & Co., 1997).
- [15] Oswald Mosley, "Dr. Naumann", The European, März 1953; in Mosley: Policy and Debate (Euphorion, 1954), S. 126.
- [16] Historische und dokumentarische Abteilung, op. cit.
- [17] Das gesamte Zentralkomitee der polnischen kommunistischen Partei im sowjetischen Exil wurde aufgelöst. Siehe K. R. Bolton, Stalin, op. cit., S. 8.
- [18] Programm der NDPD, Juni 1951.
- [19] Aufruf der NDPD zur deutschen Einheit, 4. Parteitag, 1952.
- [20] Das Ereignis wird von Wolf Rüdiger Hess in My Father Rudolf Hess (London: W. H. Allen, 1986) beschrieben. In Anmerkung 6 zum Kapitel "Sonderbehandlung" heißt es, dass Maser eine maschinengeschriebene Notiz über sein Treffen mit Grotewohl hinterließ, als Maser am Institut für Imperialismusforschung an der Ostberliner Humboldt-Universität arbeitete, das von dem Vorkriegs-"Nationalbolschewisten" Ernst Niekisch geleitet wurde, der bei dem Treffen zwischen Maser und Grotewohl anwesend war.
- [21] Wolf Rüdiger Hess, ebd., S. 251.

- [22] Spandau wurde von den vier Mächten (Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR) im monatlichen Wechsel verwaltet.
- [23] Ebd.
- [24] Ebd., S. 252-253.
- [25] Martin Lee, *The Beast Reawakens* (London: Little Brown and Company, 1997), S. 49.
- [26] Ebd., S. 50-51.
- [27] Ebd., S. 58.
- [28] Bericht des US-Außenministeriums, 22. Juni 1951; zitiert von Lee, ebd., S. 65.
- [29] Ebd., S. 80-81.
- [30] L. O. Bogstad, "Francis Parker Yockey", FBI Summary Report, 8. Juli 1954, S. 11-12. Siehe K. R. Bolton, "Foreword" to F. P. Yockey, *Imperium* (Abergele, UK: The Palingenesis Project, 2013), S. xlviii.
- [31] Alex Kurtagic, "Yockey Chronologie", *Imperium*, ebd., S. lxxviii.
- [32] Paul Lendvai, *Antisemitism in Eastern Europe* (London: Macdonald, 1971), S. 243-259. Neben Slansky et al. wurden auch der französische Kolonialminister Georges Mandel, "ein jüdischer Nationalist", der "jüdisch-nationalistische Richter am Obersten Gerichtshof Felix Frankfurter" und der "titoistische jüdische Ideologe" Mosha Pijade sowie US-Präsident Truman, Außenminister Dean Acheson, der ehemalige Finanzminister Henry Morgenthau Jr. [der dem berühmten Plan zur Ausrottung der deutschen Nation seinen Namen gab] und die Israelis Ben Gurion und Moshe Sharrett genannt. Lendvai, ebd., S. 245.
- [33] Yockey schrieb eine Analyse des Prozesses, "Was steckt hinter der Hinrichtung von elf Juden in Prag?" (1952), die in Yockey neu veröffentlicht wurde: *Four Essays* (New Jersey: Nordland Press, 1971) veröffentlicht wurde.
- [34] Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky, Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. Dezember 1952, S. 13.
- [35] Tschechoslowakische Anklageschrift, zitiert von Lendvai, op. cit., S. 245.
- [36] Lehren aus dem Prozess, a.a.O., S. 55-56.
- [37] "Wiedergutmachung für wen?", *Neues Deutschland*, 25. November 1952.
- [38] Simon Wiesenthal, *Die gleiche Sprache: Erst für Hitler - jetzt für Ulbricht*, (Wien: Eine Dokumentation der Deutschland-Berichte. Jüdisches Dokumentationszentrum, Simon Wiesenthal Zentrum, 6. September 1968).
- [39] *Germany's New Nazis*, The Anglo-Jewish Association, London (Jewish Chronicle Publications, 1951), "Conclusion", S. 72.
- [40] K. Radek, "Leo Schlageter: Der Wanderer in die Leere", Rede auf einem Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Juni 1923, online: <http://www.marxists.org/archive/radek/1923/06/schlageter.htm>
- [41] Michael David-Fox *Doing Medicine Together: Germany and Russia between the Wars* (University of Toronto Press, 2006), S. 136.
- [42] Bernice G. Rosenthal, *Neuer Mythos, neue Welt: Von Nietzsche zum Stalinismus* (Penn State University Press, 2004), S. 378.
- [43] Thomas R. Nevin, *Ernst Junger and Germany: into the Abyss, 1914-1945* (Duke University Press, 1996), S. 106.
- [44] O. Spengler, *The Hour of Decision* (New York: Alfred A. Knopf, 1934, 1963), S. 204-230.
- [45] O. Spengler, "Zwei Gesichter Russlands und Deutschlands Ostprobleme", Rede vor dem Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftstag, Essen, 14. Februar 1919.
- [46] K. R. Bolton, "Junger and National Bolshevism", in Troy Southgate, Hrsg., *Junger: Thoughts and Perspectives*, Volume 11, (London: Black Front Press, 2012), S. 18.
- [47] Siehe ebd.
- [48] Martin Lee, op. cit., S. 84.
- [49] Lee's Interview mit Remer, 16. April 1992, zitiert nach Lee, ebd., S. 193.
- [50] Für die Ansicht, dass China letztendlich mit Russland in Konflikt geraten wird, unabhängig von historisch unorganischen Bündnissen wie BRIC und dem Shanghaier Kooperationsabkommen, siehe: K. R. Bolton, *Geopolitics of the Indo-Pacific* (London: Black House Publishing, 2013).
- [51] Martin Lee, a.a.O., S. 194.
- [52] Ebd., S. 194-195.
- [53] "Fidel Castro Recruited ex-Nazis to Train Troops during Cold War", *The Economic Times*, 16. Oktober 2012, online: <https://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/fidel-castro-recruited-ex-nazis-to-train-troops-during-cold-war/articleshow/16829802.cms>
- [54] Martin Lee, a.a.O., S. 127.
- [55] Eine offensichtliche Anspielung auf die "Werwolf"-Guerillabewegung, die in den letzten Tagen des Dritten Reichs gegründet wurde und die westlichen Besatzungsbehörden und ihre deutschen Kollaborateure noch mehrere Jahre lang schikanierte. Siehe SS Werwolf, *Combat Instruction Manual*, Übersetzung Michael C. Fangan (Colorado: Paladin Press, 1982).
- [56] Martin Lee, op. cit., S. 198.
- [57] Recht und Wahrheit Archiv, online: <http://www.vho.org/D/ruw/Archiv/index.html>
- [58] Thierry Lalevee, "Die Wiederbelebung des nationalsozialistisch-kommunistischen Paktes: Die Sowjets fördern den weltweiten Terrorismus", *Executive Intelligence Review*, Vol. 11, No. 1, 3. Januar 1984. In diesem Artikel, der aus einer LaRouche-Quelle stammt, wird behauptet, dass 1983 das Jahr für eine internationale Nazi-Terroroffensive auf sowjetischer Basis war, die es der UdSSR ermöglichen würde, die Weltherrschaft zu übernehmen.
- [59] Laut Dr. Christian Dirk Ludwig, der Mitglied des Bezirksvorstands der NDPD Berlin war, 4. September 2007, Online: <http://www.wahlrecht.de/forum/messages/42/804.html?1191478580>
- [60] Ebd.